

## Leserbrief von Kreisrat Sascha Binder in der Geislinger Zeitung vom 11.12.2010

Mit Bedauern haben wir von der Schließung der Geburtsstation Kenntnis genommen. Es ist ein schwieriger Schritt, den die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat hier gegangen sind. Allerdings war es kein überraschender. Seit Jahren wird im Aufsichtsrat und zuvor auch öffentlich im Krankenhausausschuss die Entwicklung der Geburtshilfe diskutiert. Zuletzt wurde 2007 darüber öffentlich berichtet. Eine positive Entwicklung hat sich allerdings seit dem nicht eingestellt. Seit dieser Zeit wurde ich immer wieder von werdenden Eltern gefragt, ob die Geburtshilfe bei der Geburt ihres Kindes noch besteht. Dies habe ich bejaht und immer darauf hingewiesen, unbedingt in Geislingen zu entbinden.

Im Übrigen ist es der heutigen Generation vermutlich weniger wichtig „echte Geislinger“ zur Welt zu bringen, als es ihnen vielmehr darum geht, wie die jeweilige Klinik ausgestattet ist. Gerade deshalb haben sich Eltern für Geislingen entschieden, allerdings auch immer mehr dagegen. Dies ist bei aller Emotionalität auch zur Kenntnis zu nehmen.

Mit fast 5 Millionen finanziert der Landkreis die beiden Kliniken, allein die Helfensteinklinik wird im kommenden Jahr mit knapp 2 Millionen € für den laufenden Betrieb bezuschusst und 20 Millionen € sollen in das Gesundheitszentrum und das Ärztehaus investiert werden.

Im Tätigkeitsbereich von Herrn Dr. Schuler werden weitere 2 Millionen € investiert.

Wer hier also den Anfang vom Ende prophezeit, sollte sich näher informieren.

Die Bundesregierung hat durch ihre Krankenhausfinanzierung eine dezentrale Krankenversorgung fast unmöglich gemacht. Das Land Baden-Württemberg kommt seiner Aufgabe im Bereich der Krankenhausversorgung ebenfalls nicht nach. Trotz dieser widrigen Umstände will ich das Geislinger Krankenhaus in öffentlicher Hand für Beschäftigte und Patienten als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge erhalten. Allerdings gehört es zur Ehrlichkeit dazu, dass dies nicht ohne Veränderungen erfolgen kann.

Ich beschäftige mich seit meiner Wahl in den Kreistag intensiv mit den Kliniken im Landkreis, allerdings auch mit der Kliniklandschaft über den Landkreis Göppingen hinaus. Das vor einem Jahr vorgelegte Konzept der Geschäftsleitung wurde einzig von meiner Fraktion und mir in den nichtöffentlichen Gesellschafterversammlungen und in Gesprächen mit der Geschäftsleitung hinterfragt. Änderungsvorschläge wurden einzig von Mitgliedern meiner Fraktion und mir eingebracht. Wir haben

versucht im Rahmen der rechtlich gegebenen Möglichkeiten die Öffentlichkeit über aktuelle Themen der Kliniken gGmbH zu informieren und wurden dafür von allen anderen Fraktionen gescholten. Nicht zuletzt wurde die letzte öffentliche Information der Geschäftsleitung im Verwaltungsausschuss auf meine Forderung hin auf die Tagesordnung gesetzt.

Aus diesem Grund reibe ich mir die Augen, wenn nun zwei meiner, eigentlich sehr geschätzten Kreistagskollegen aus Geislingen bei Gesellschafterversammlungen und zuletzt bei der Aktuellen Stunde im Kreistag zum Thema Geburtenhilfe am vorigen Dienstag die Entwicklungen in den Kliniken stillschweigend mittragen, in Geislingen angekommen plötzlich eine andere Meinung vertreten. Wer heute die Intransparenz verurteilt, muss sich fragen lassen, warum er selbst der Abschaffung des Eigenbetriebs sowie des öffentlich tagenden Krankenhausausschusses im Jahr 2006 zugestimmt und die Gründung einer gGmbH mit weniger Transparenz für die Öffentlichkeit unterstützt hat.

Politik machen ist einfach, wenn man auf beiden Schultern Wasser tragen kann. Es wäre nun an der Zeit, an einer Lösung zu arbeiten. Warum wird der von Beginn an von Landrat Wolff und der Geschäftsleitung unterbreitete Vorschlag, ein Geburtenhaus in Geislingen zu etablieren nicht endlich miteinander diskutiert und ausgebaut? Es wäre nun im Interesse der Eltern und Kinder, wenn mehr Zeit in die Gespräche zwischen Vertretern aus Geislingen und der Geschäftsleitung verwendet werden würde. Ich finde es gut, dass am kommenden Montag vor der Helfensteinklinik die Verbundenheit mit der Klinik erneut demonstriert wird. In der Klinik sollte aber eine Lösung zwischen Landrat, Vertretern des Kreistags, Geschäftsleitung, niedergelassenen Ärzten und einer Delegation des Bündnisses Montagsdemonstration erarbeitet werden. Jetzt ist Sachlichkeit gefragt, verbale Entgleisungen beider Seiten waren nicht hilfreich und sollten der Vergangenheit angehören.

Sascha Binder, 09.12.2010